

Politik mit Zukunft für Mensch und Natur

Grüne Politik in Alfter

Zur Sache

Ausgabe: September 2004

Grüne Radwegenetz-
planung für Alfter

Verantwortungsbewusste
Bebauung oder plan- und
maßlose Zersiedelung



Der Bürgermeisterkandidat von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für die Gemeinde Alfter heißt Wilhelm Windhuis. Er wurde am 17.10.1954 in Rheinkamp (jetzt Moers) am Niederrhein geboren. Nach dem Abschluss der Hauptschule absolvierte er eine Ausbildung zum Technischen Zeichner. Danach folgte der Besuch der Fachoberschule und anschließend ein Maschinenbaustudium, Fachrichtung Fertigungstechnik, in Düsseldorf. Seit dem 01.04.1979 ist er als Beamter in der technischen Laufbahn in verschiedenen Dienststellen der Deutschen Bundespost beschäftigt gewesen. Von 1989 bis 1991 war er im Bundespostministerium und seit 1991 bei der Deutschen Postbank AG, Postbank Zentrale Bonn beschäftigt.

Er ist verheiratet und hat eine 17-jährige Tochter. Hobbies sind Bergwandern, Radfahren und Kochen.

GRÜNE Zeitung: Herr Windhuis, Sie bewerben sich als Kandidat der Grünen für das Amt des Bürgermeisters in der Gemeinde Alfter. Warum?

Wilhelm Windhuis: Ich bin 1991 nach Alfter (Witterschlick) gezogen, weil ich hier einen lebens- und liebenswerten Ort mit dörflichem Charakter vorgefunden hatte. Seither hat sich viel verändert. Diese Veränderungen passten nicht in mein Bild von der Entwicklung einer dörflich geprägten Gemeinde.

Deshalb habe ich mich bei den GRÜNEN engagiert, da dort meine Vorstellungen entsprechend vertreten wurden. Seit April 2002 versuche ich als Ratsmitglied die grüne Politik im Rat umzusetzen. Als Bürgermeister habe ich dann noch mehr Einfluss, diese Ziele zu realisieren.

GZ: Welche?

WW: Die Entwicklung in der Gemeinde Alfter hat insbesondere im Bereich der Bebauung eine Entwicklung genommen, die ich in dieser Art und Weise nicht mittragen kann. Von daher biete ich mich an, als Bürgermeister der Ge-

Bürgermeisterkandidat Wilhelm Windhuis

meinde Alfter unserer Gemeinde den ländlichen Charakter zu erhalten. Dieser Punkt nimmt bei mir eine herausragende Stellung ein.

Ebenso machen mir die Finanzen der Gemeinde Alfter Sorgen. Hier werde ich die vorhandenen Sparpotentiale konsequent aufzeigen und umsetzen.

Weiter wird ein langjähriges Anliegen der Grünen, das Umsetzen unseres Radwegekonzeptes, auch an vorderster Stelle auf meiner Agenda stehen. Dies ist für mich keine Nebensächlichkeits. Ich will, dass immer mehr Bürgerinnen und Bürger bei immer mehr Gelegenheiten das Auto in der Garage lassen und Besorgungen mit dem Rad erledigen. Dies erreichen wir nur durch ein sicheres und die ganze Gemeinde erschließendes Radwegenetz. Weiter Details sind im Wahlprogramm der Grünen nachzulesen.

GZ: Herr Windhuis, die Wahrscheinlichkeit, dass Sie bei Ihrer Wahl zum Bürgermeister der Gemeinde Alfter mit einem mehrheitlich aus CDU-Mitgliedern zusammengesetzten Rat arbeiten müssen, ist hoch. Wie sieht für Sie eine konstruktive Zusammenarbeit aus?

WW: In der Politik ist es immer wichtig, breite Schichten der Bevölkerung am politischen Geschehen zu beteiligen. Von daher wäre es die vordringlichste Aufgabe eines Grünen Bürgermeisters in einem CDU-geführten Rat eine gangbare Kompromisslinie zu finden. Diese Aufgabe stelle ich mir sehr reizvoll vor. Ich bin mir aber auch bewusst, dass eine solche Vorgehensweise zu manchem Streitgespräch und zu langen Diskussionen führen wird. Das ist für mich dann die von uns allen gewünschte gelebte Demokratie, in der die verschiedenen Meinungen aufeinander treffen und in der sich ein Kompromiss immer finden lässt. Für mich ist dies allemal besser als eine satte Mehrheit einer der großen Volksparteien. Im Übrigen ist ein wesentliches Merkmal unseres Rechtsstaates die gegenseitige Kontrolle von Entscheidungsträgern. Hier kann ich den Bürgerinnen und Bürgern versprechen, dass ich Filz aufdecken und entschieden dagegen angehen werde. Unter meiner Bürgermeisterschaft werde ich keine Vetternwirtschaft dulden.

GZ: Herr Windhuis, wir schreiben den 26. September 2004, 23.00 Uhr. Im Alfterer Rathaus liegt das Endergebnis der Kommunalwahlen vor. Neuer Bürgermeister ist Wilhelm Windhuis. Was würde sich ab dem 27. September 2004 im Rathaus ändern?

WW: Also, ich werde tunlichst vermeiden, die Verwaltung am 27. September 2004 umzukrempeln. Die Bediensteten der Gemeindeverwaltung erledigen ihre Arbeit in aller Regel gut. Ich werde daher versuchen, mich in die Arbeit eher als Teamspieler denn als Vorgesetzter einzubringen. Insbesondere ist mir dabei wichtig, dass die sogenannten Verwaltungsakte transparent und für jeden Bürger verständlich ausgeführt werden. Und zu einem offenen Rathaus gehört für mich auch eine offene Eingangshalle, in der der Bürger vor einen Beratungsschalter treten kann und nicht gegen eine Glasscheibe anreden muss.

GZ: Herr Windhuis, welche beruflichen Qualifikationen bringen Sie als möglicher Bürgermeister mit?

WW: Nach meinem Ingenieur-Studium habe ich bei der damals noch Deutschen Bundespost die Verwaltungslaufbahn im technischen Bereich eingeschlagen. In einigen Dienststellen bei Post- und Fernmeldeämtern habe ich neben den technischen Tätigkeiten auch die nichttechnischen Verwaltungsaufgaben ausgeführt. Zusätzlich habe ich noch ein berufsbegleitendes Studium zum technischen Betriebswirt abgeschlossen. Zur Zeit liegt mein Arbeitsschwerpunkt im Bereich des Qualitätsmanagements. Qualität gehört neben der Transparenz für mich zu den wichtigsten Eigenschaften einer Kommunalverwaltung. Aufgrund meiner Kenntnisse und Erfahrungen bin ich sicher, dass ich mich auch in die Verwaltungstätigkeit der Gemeinde Alfter einfinden, diese leiten und ihr meinen Stempel aufsetzen kann.

GZ: In manchen Dingen tut sich ein Verwaltungschef in der Zusammenarbeit mit den politischen Gremien leichter, wenn er sich einen Wissensvorsprung erhält. Ist dieser Mangel an Transparenz auch unter einem Bürgermeister Windhuis zu befürchten?

WW: Ich teile diese Auffassung nicht. Das taktieren mit dem Wissen ist für das Fortkommen einer Gemeinde nicht dienlich.

Es gibt natürlich Fälle, in denen die Verwaltung zunächst einmal intern das Vorgehen abklären muss. Doch alle Maßnahmen werden unter mir als Bürgermeister so transparent dokumentiert werden, dass die Bürgerinnen und Bürger die Entscheidungen zweifelsfrei nachvollziehen können.

GZ: Herr Windhuis, wir danken Ihnen, dass Sie uns Rede und Antwort gestanden haben.

Liebe Leserinnen, Liebe Leser,

die Europawahl hat für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Bundes- und Landesebene ein hervorragendes Ergebnis gebracht. Noch besser allerdings war das Ergebnis in der Gemeinde Alfter. Wir erreichten 17,3 % der Stimmen und hatten damit nur fünf (5) Stimmen weniger als die SPD. Für dieses Vertrauen möchte ich mich bei unseren Wählerinnen und Wählern recht herzlich bedanken.

Nach dem kurzen Blick zurück müssen wir uns aber auf den 26. September 2004 konzentrieren. Am 26. September finden die Kommunalwahlen statt. Hierbei entscheiden Sie darüber, wie ihr engstes persönliches Umfeld durch Rat und Verwaltung gestaltet werden soll. Sie wählen neben den Mitgliedern des Rats auch den Bürgermeister oder die Bürgermeisterin direkt. Die Parteien haben sich unterschiedlich aufgestellt und Sie können auswählen. Wir unterbreiten Ihnen für die Kommunalwahl sowohl personell als auch programmatisch ein ausgezeichnetes Angebot. In dieser Zeitung möchten wir Ihnen kurz vorstellen, für welche politischen Ziele die Alfterer Grünen stehen.

In erster Hinsicht sind wir bestrebt, die absolute Mehrheit der CDU zu brechen. Denn was die absolute CDU Mehrheit in Alfter „erreicht hat“, das ist unschwer an den gigantischen Baugebieten zu sehen. Lassen Wählerinnen und Wähler die CDU so weiter regieren, ist mit dem Bauwahn noch lange kein Ende. Viele Baugebiete warten nur auf die Zustimmung der CDU.

Wir werden natürlich auch nicht daran vorbei kommen, Baugebiete auszuweisen. Nach unserer Auffassung gibt es allerdings geeignetere Flächen als die, die bisher als Baugebiete ausgewiesen worden sind. Außerdem gibt es genügend Baulücken innerhalb der bestehenden Bebauung, die geschlossen werden können.

Neben den von mir oben angerissenen Problemen wegen der Bebauung können Sie in dieser Zeitung kurz und stichwortartig lesen, welche kommunalpolitischen Ziele wir verfolgen. Wir werden uns für die Umsetzung dieser Ziele nachhaltig einsetzen.

Wir haben dabei auf eine kurze und knappe Darstellung Wert gelegt. Sollten Sie Fragen oder Anregungen zu dem Programm haben oder sollten Sie Interesse haben, mehr von uns und über uns zu erfahren, sind Sie herzlich aufgefordert, mit uns zu diskutieren. Kommen Sie an unsere Wahlstände und nehmen Sie mit uns Kontakt auf.

Noch wichtiger ist es allerdings, dass Sie am 26. September zur Wahl gehen und das Kreuz bei den GRÜNEN machen.

Wilhelm Windhuis

Grüne Radwegenetzplanungs für Alter

„Eine fahrradfreundliche Infrastruktur mit verkehrssicheren und attraktiven Radverkehrsanlagen ist die wichtigste Voraussetzung für einen regen Radverkehr.“*

Aufmerksame Leser werden bei der Lektüre unseres Radfahr-Wahlprogramms feststellen, dass unsere Forderungen sich in den letzten 2 Wahlperioden kaum geändert haben. Woran liegt das? Die Mitglieder der in Alfter mit absoluter Mehrheit regierenden CDU sind eben keine Radfahrer, somit ist Alfter ein radverkehrspolitisches Entwicklungsland. Hier wurde, wie in kaum einer Gemeinde der Region, nahezu nichts für diese umweltfreundliche Art der Fortbewegung getan, von Sonntagsreden einmal abgesehen. Wir werden uns auch in der nächsten Legislaturperiode für die folgenden Forderungen einsetzen:

Sichere L 113

Auf der L 113 und anderen wichtigen Verbindungsstraßen sollen innerorts und außerorts Suggestiv-Radstreifen abmarkiert werden. Die Abmarkierung eines Suggestivradstreifens verengt die Fahrbahn optisch und bewirkt so, dass Autofahrer langsamer fahren. Dennoch ist Begegnungsverkehr jederzeit möglich, weil der Radstreifen überfahren werden kann. Die L113 ist eine von Radfahrern häufig genutzte Verbindungsstraße im Gemeindegebiet. Die Straße ist aufgrund der Verkehrsdichte und der relativ hohen Geschwindigkeit der Fahrzeuge für Radfahrer gefährlich.

„Da ein Großteil des städtischen Kfz-Verkehrs auf kurzen Distanzen von unter 5 km stattfindet und die Verlagerungspotentiale von Pkw-Fahrten auf Fahrradfahrten 15%-30% des derzeitigen Pkw-Fahrtenaufkommens betragen, ist es möglich, mit dem Radverkehr gleiche Mobilitätsanforderungen bei geringen Investitions- und Betriebskosten als mit dem Kfz-Verkehr zu befriedigen. Für die Kommunen ergeben sich daraus unter Umständen interessante Perspektiven.“*

Dies gilt vor allem im Bereich der Ortsdurchfahrten Alfter, Gielsdorf und Witterschlick. Die Witterschlicker Hauptstraße ist durch den innerörtlichen Verkehr überdurchschnittlich belastet. Es handelt sich dabei um Verkehr über kurze Distanzen von unter 5 km.

Durch eine Verbesserung der Situation für Radfahrer würde ein Großteil des Kfz-Verkehrs auf kurzen Distanzen von unter 5 km vermieden, da die Verlagerungspotentiale von Pkw-Fahrten auf Fahrradfahrten in dieser Distanz 15%-30% des derzeitigen Pkw-Fahrtenaufkommens betragen. Danach würde die Witterschlicker Hauptstraße allein durch die Verbesserung der Situation für Radfahrer zu einem wesentlichen Teil entlastet.

Zusätzliche Radwegeverbindungen einrichten

- Lohheckenweg - Alanus
- Olsdorfer Heide - Alanus
- Olsdorfer Heide - Sportplatz
- Schlebendgesweg - Birrekoven
- Schöntalweg - Oelmühle
- Impekoven/Oedekoven -> Anbindung an das Bonner Radwegenetz in Duisdorf

Alle Verbindungen sind als Pfade vorhanden. Sie müssen von der Fahrbahnbeschaffenheit verbessert und abschnittsweise verbreitert werden. Auf jeden Fall sollen die Verbindungen ausgeschildert werden. Alle Verbindungen ermöglichen Radfahrern sichere Abkürzungswege. Umwege und die Notwendigkeit des Bergauf- und Bergabfahrens werden auf ein Minimum reduziert und die erforderliche Kraftanstrengung auf das notwendige Maß reduziert.

„Kinder, die schon in jungen Jahren das Fahrrad stärker als Spiel- und später als Verkehrsmittel benutzen (können), entwickeln ihre Muskulatur, die Motorik, das Konzentrationsvermögen und den Gleichgewichts- und Orientierungssinn besser als häufig mit dem Pkw transportierte Kinder.“*

Einbahnstraßen öffnen

Die Einbahnstraßen im Alfterer Ortskern sollen für Radfahrer in beide Richtungen geöffnet und entsprechend beschildert werden. Aufgrund des Einbahnstraßennetzes sind zum Teil erhebliche Umwegfahrten erforderlich, um Schulen, Sportstätten, Einkaufszentren oder Pfarheime zu erreichen.

Durch die Öffnung der Einbahnstraßen für Radfahrer würden zahlreiche Verbindungen abgekürzt. Fahrten mit dem Fahrrad gegen die Einbahnstraße sind zur Zeit schon gängige Praxis. Die Regelung sollte in diesem Fall an die Praxis angepasst werden, um das Fahren für Radfahrer in diesem Bereich sicherer und attraktiver zu machen. Übrigens haben wir die Öffnung von Einbahnstraßen in Alfter bereits vor über 6 Jahren gefordert, auch als Antrag im Rat. Bislang ist nichts passiert.

„Die positiven Gesundheitswirkungen regelmäßigen Radfahrens sind insbesondere für den Berufsverkehr durch mehrere Untersuchungen nachgewiesen.“*

Alters erste Fahrradstraße

Die Lukasgasse spielt im innerörtlichen Verkehr kaum eine Rolle. Sie soll zur Fahrradstraße gemacht werden. Die bestehende Einbahnstraßenregelung für Autofahrer kann dabei erhalten bleiben. Auf einer Fahrradstraße dürfen Autos mit einer den Fahrrädern angepassten Geschwindigkeit fahren, wenn dies durch Zusatzschild zugelassen ist. Radfahrer dürfen nebeneinander fahren.

Verbindungen beschildern

Wichtige Verbindungen für Radfahrer sollen ausgeschildert werden. Die Beschilderung dient der besseren Orientierung in erster Linie für ortsfremde Radfahrer. Ein einheitliches Bild der Beschilderung im Rhein-Sieg-Kreis gewährleistet eine leichtere Deutung. Ein Konzept zur Beschilderung der Radwege wurde mittlerweile – durch unser Mitglied im Planungsausschuss Bernd Kunz initiiert – von einer Klasse der Berufsbildenden Schulen des Rhein-Sieg-Kreises vorgelegt.

„Die Wegweisung soll den Radverkehr als eigenständige Verkehrsart berücksichtigen. Selbst bei ihren täglichen Fahrten mit dem Rad kennen viele Radfahrer nicht immer die sichersten und attraktivsten Verbindungen. Eine präzise, lückenlose und gut erkennbare Wegweisung ist deshalb wichtig.“*

Sichere Verkehrsregelungen für Radfahrer

Wir wollen erreichen, dass bei Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung die Interessen der Radfahrer berücksichtigt werden. Insbesondere sollen Fahrbahnverengungen und Parkzonen für alternierendes Parken so angelegt werden, dass Radfahrer diese ohne Gefährdung umfahren können.

„Der Radverkehr benötigt auf innerstädtischen Kurzstrecken, wo er oft gleiche oder zum Teil höhere Tür-zu-Tür-Reisegeschwindigkeiten als der Kfz-Verkehr erreicht, für die gleiche Verkehrsleistung erheblich weniger Fläche.“*

Weitere Forderungen

- sichere Verkehrsregelung für Tonnenputz und Loheckenweg
- kombinierter Rad- und Gehweg am Alfterer Hartersplatz
- Berücksichtigung der Interessen von Radfahrern im Strangheidgesweg
- Ersatzwege für im Zuge des Tonabbaus abgeschnittene Verbindungen

„Die Investitionskosten für Radverkehrsanlagen liegen – örtlich variierend – nach Schätzungen bei 10%-20% der Kosten für gleich lange Kfz- bzw. ÖV-Verkehrsanlagen. Auch ihre Betriebskosten sind günstiger.“*

*alle Zitate aus: Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen: Erster Bericht der Bundesregierung über die Situation des Fahrradverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn, im März 1998

Michael Schroerlücke

Junge Grüne und Senioren

Nachfolgend stellen wir Ihnen das älteste und das jüngste Mitglied der Alfterer Grünen vor.

Dr. Georg Schultz Jahrgang 1927



In unserer Gesellschaft mit einem immer höheren Anteil älterer Menschen brauchen wir einen neuen Generationsvertrag,

der nicht nur die sozialen Sicherungssysteme, sondern auch die Älteren in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens umfasst.

Ich möchte dazu beitragen, dass das in meinem Leben erworbene Wissen an die nächste Generation weitergegeben wird.

Ann-Kathrin Windhuis, Jahrgang 1987



Ann-Kathrin sucht noch junge Mitstreiterinnen und Mitstreiter, die bei den Jungen Grünen mitmachen wollen.

Bitte meldet Euch bei Ann-Kathrin.
anki-windhuis@gruene-alfter.de

Kassenbericht 2003 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ortsverband Alfter

Das Reinvermögen betrug am 01.01.2003	6.446,22 €
Die Ausgaben in 2003 beliefen sich auf:	1.098,54 €
und setzen sich wie folgt zusammen:	
Summe Geschäftsbetrieb	654,56 €
Tel./Faxkosten	480,00 €
Portokosten	74,90 €
Bankgebühren	4,95 €
Buchungskostenanteil KV	94,71 €
Summe politische Arbeit	443,98 €
Veranstaltungen	28,00 €
Sonstige Ausgaben	38,00 €
Sonstige politische Arbeit	306,00 €
Wahlveranstaltungen	71,98 €
Die Einnahmen in 2003 beliefen sich auf:	5.239,64 €
und setzen sich wie folgt zusammen:	
Mitgliedsbeiträge	1.935,84 €
Sonderbeiträge der Ratsmitglieder	2.261,00 €
Spenden / Auslagenverzicht	480,00 €
Staatl. Mittel	411,74 €
Zuschuss vom Landesverband (Festgeldzinsen)	13,50 €
Zuschuss vom Bundesverband (Festgeldzinsen)	137,56 €
Dies ergibt einen Saldo von	4.141,10 €
und somit ein Reinvermögen zum 31.12.2003 in Höhe von 10.588,42 €	
dieses setzt sich zusammen aus:	
Bestand Girokonto am 31.12.2003	6.885,37 €
Festgeld Bundesverband am 31.12.2003	3003,35 €
Festgeld Landesverband am 31.12.2003	699,70 €

Während des gesamten Jahres 2003 zählte der Ortsverband 14 Mitglieder

Alfter, 20.02.2004, Stefan Möller

Verantwortungsbewusste Bebauung oder plan- und maßlose Zersiedelung

In einer lokalen Zeitung gibt es eine Rubrik „Vorgebirge? – Na klar, weil ...“. Der von der Redaktion vorgegebene Satzanfang soll von den Lesern nach deren Gusto ergänzt werden.

Es finden sich dort Aussagen wie
... es hier noch so menschlich zugeht
... die Kinder noch auf der Straße spielen können
... hier jeder seine Idylle finden und leben kann
... die Luft noch gut ist
... es noch Nachbarschaft gibt
... es hier immer noch Natur pur gibt
... sich von oben der Blick weit in die Rheinebene ergießt.

Diese Sätze bringen eines zum Vorschein: Die Menschen fühlen sich hingezogen zu diesem Landstrich. Sie fühlen sich hier gut aufgehoben und geborgen. Das Vorgebirge hat was Spezielles und tut offenbar der Seele gut.

In Marketingseminaren kann man lernen, wie man auch noch heute in vermeintlich schlechten Zeiten gutes Geld verdienen kann. Man muss den „unique selling point“ eines Produktes herausfinden. „Unique selling point“ ist das, was ein Produkt einzigartig macht und von anderen Produkten unterscheidet und was kein anderer Konkurrent in dieser Form anbieten kann. Hat man diesen Punkt einmal erarbeitet, ergibt sich der Rest (das Geldverdienen) fast ganz von alleine. Versteht sich, dass dies den eigentlichen Wert eines Produktes ausmacht.

Der „unique selling point“ des Vorgebirges wird deutlich, wenn man die oben gemachten Äußerungen unter die Lupe nimmt. Da ist von Idylle und Nachbarschaft, von Luft und Natur die Rede. Das sind gewachsene Dorfstrukturen mit gepflegten Häusern und Gärten, umgeben von Feldern und Wiesen, Obst- und Gemüsekulturen, Brachen und Weideland durchzogen von schmalen Pfädchen, über die man auch die kleinsten Äcker erreichen kann. Und nicht

zuletzt es ist die einzigartige Lage als Höhenzug entlang der Rheinebene.

Warum also sonntags im ZDF Rosamunde Pilcher's Cornwall Idyllen anheimmeln und darüber vergessen, dass ich die vor der eigenen Haustüre erleben kann. (Ich finde, der Vergleich hinkt gar nicht so sehr.)

Leider hat das mit dem „unique selling point“ (also dem einzigartigen, unverwechselbaren Verkaufswert) des Vorgebirges – und damit auch der Gemeinde Alfter – seine besondere Bewandnis. Er kann relativ leicht und schnell eingebüßt werden.

Denken wir einmal kurz darüber nach, was uns an den Landschaften Cornwalls in den Rosamunde Pilcher Filmen so fasziniert. Möglicherweise das Meer oder die weite, unberührte Landschaft, die verträumten Dörfer mit den verwinkelten Straßen oder die wunderschönen Herrnsitze mit ihren geschmackvollen Einrichtungen oder alles zusammen. Was es aber auch immer sein mag, eines ist sicher: Eine – ebenso typische – englische Bergarbeiterreihenhausiedlung ist das genaue Gegenteil eines solchen Bildes. Ein einziger Fehltritt in diese Richtung und das Bild hat einen Schönheitsfehler. Schluss mit lustig!

Mit dem Vorgebirgswert ist das nicht anders. Zwei, drei Bausünden sind verzeihbar.

Aber dann, wenn das Landschaftsbild kippt, wenn nicht mehr die Dorfstraßen den prägenden Eindruck hinterlassen, sondern Wohnblocks oder Reihenhausiedlungen, in denen das Wohnzimmer größer ist als der Garten einschließlich der gefliesten Terrasse und die Nachbarn sich gegenseitig in die Kochtöpfe spucken können, dann ist auch hier der einzigartige Verkaufswert eingebüßt.

Darüber hinaus sind Bausünden nicht wieder gutzumachen. Einmal verschandelt, auf immer verschandelt. Die Gemeinde Alfter wird dann nicht mehr von den Bauherren als Idylle am Rande Bonn angepriesen, Alfter ist dann nicht mehr die idyllische Vorgebirgsgemeinde, Alfter ist dann nur noch zugebauter Einheitsbrei. Das eigentlich Wertvolle hat auf immer seinen Wert eingebüßt.

Das ist dumm, das ist einfalllos und das ist fatal. Das ist wie ein Strohfeuer. Einmal richtig ordentlich Geld verdient und das war es dann für alle Zeiten. Das tut kein vernunftbegabter Mensch. Der verbraucht nicht seine Ressourcen, der arbeitet mit den Ressourcen und vermehrt so sein Kapital.

Die unter CDU-Mehrheit stehenden Stadt- und Gemeindepardamente des Vorgebirges haben verstärkt in den letzten Jahren eine Entwicklung eingeschlagen, die alles daran setzt,

den einzigartigen Wert der Vorgebirgslandschaft auf einfalllose Art zu verschern. Wertvolle Hanggrundstücke werden in 200 m²-Portionen aufgeteilt und mit Häusern bebaut, Wohnblocks werden an den unmöglichsten Stellen aus dem Boden gestampft. Das steht für Ausverkauf und Verbrauch der Ressourcen, des Kapitals, des Tafelsilbers.

Um allen Missverständnissen vorzubeugen: Jedem sei sein Häuschen im Grünen gegönnt. Aber es soll eben auch tatsächlich im Grünen stehen.

Wie also diese Interessengegensätze unter einen Hut bringen. Ich denke, das ist möglich. Ich denke, Phantasie und Liebe zu unserer Heimat, verbunden mit der Verantwortung gegenüber unserem Erbe sind angesagt.

Hier setzen sich die Alfterer Grünen für eine maßvolle Entwicklung der Gemeinde Alfter ein. Die Alfterer Grünen stehen für einen Stopp aller Planungen von Baugebieten für mindestens zwei Jahre. Mit den Einsparungen können der Gemeindehaushalt entlastet, mittelfristig Schulden abgebaut oder andere Schwerpunkte finanziert werden. Nach zwei Jahren soll – zunächst ohne Einschaltung von Gutachtern – ein Gesamtkonzept für die Bebauung in Alfter vorgelegt werden. Hieran werden die Bürgerinnen und Bürger beteiligt. Bis dahin werden allenfalls Baulücken geschlossen.

Die Alfterer Grünen werden sich nicht willfährig den Planungen von Bauträgern unterwerfen. Wir werden in den Bebauungsplänen genaue Vorgaben bezüglich Art und Maß der baulichen Nutzung, also z.B. bezüglich Bauweise, überbaubarer Grundstücksfläche, Geschoszahl und so weiter, machen und dies auch durchsetzen.

Die Alfterer Grünen setzen sich für eine ökologische Bauweise (Solarenergie, Photovoltaik) ein. Die Alfterer Grünen fördern ökologisch wertvolles Bauen, wie z.B. Einsatz wiederverwendbarer Energien, Dachbegrünung usw.

Die Alfterer Grünen wollen die vorhandenen Ressourcen einsetzen und nicht gedankenlos in einer Generation verschern. Damit können übrigens auch unsere Vorfahren leben.

Christine Annen



Ernährung und Landwirtschaft

Essen ohne Gentechnik

Wie halten es die Lebensmittelhersteller mit der Gentechnik? Können Hersteller ausschließen, dass Zutaten aus gentechnisch veränderten Pflanzen in den Lebensmitteln landen? Diese Frage hat Greenpeace in Umfragen unter Lebensmittelherstellern untersucht. Die Ergebnisse sind in einem hilfreichen Einkaufsratgeber gebündelt. Darin sind Empfehlungen zu über 400 Firmen und Marken aufgeführt.

Den Ratgeber kann man im Internet unter www.greenpeace.de als PDF-Datei herunterladen oder kostenlos bestellen: Tel.: 0 40 / 30 61 80, E-Mail: mail@greenpeace.de

Schrägstrich 01 - 03.2004, Seite 6
Zeitschrift von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Gentechnikfreien Anbau schützen

Das rot-grüne Kabinett hat Mitte Februar den Entwurf für die Novelle des Gentechnikgesetzes beschlossen. "Dies ist ein Gesetz zum Schutz des gentechnikfreien Anbaus in Deutschland" sagte Renate Künast nach der Kabinettsitzung in Berlin. Das wichtigste Anliegen des Gesetzentwurfes, der den Anbau gentechnisch veränderter Organismen in der Landwirtschaft regelt, sei die dauerhafte Sicherung des gentechnikfreien Anbaus in Deutschland.

Schrägstrich 01 - 03.2004, Seite 6
Zeitschrift von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Kein Ei mit der 3

Seit dem 1. Januar 2004 tragen alle europäischen Hühnereier einen Zahlencode. Er kennzeichnet, woher das Ei stammt. Hierbei kommt es auf die erste Zahl an.

- Ein Ei mit der 0 kommt aus ökologischer Freilandhaltung.
- Ein Ei mit der 1 stammt ebenfalls aus der Freilandhaltung, nur bekommt das Huhn kein Ökofutter und hat weniger Platz.
- Ein Ei mit der 2 stammt aus der Bodenhaltung. Nur ein Drittel des Bodens ist mit Streumaterial bedeckt, Anabolika sind erlaubt.
- Ein Ei mit der 3 stammt von einem der 50 Millionen deutschen Käfighühnern. Sein erbärmliches Leben lang hockt es auf einem Gitterrost, kleiner als ein DIN A4-Blatt.

Kaufen Sie kein Ei mit der 3. Tragen Sie dazu bei, dass die Hühner artgerecht gehalten werden. Verzichten Sie bei Ihrem Einkauf nach Möglichkeit auf Fertigprodukte (wie Eiernudeln), die Käfig-Eier enthalten.



Personelles

Vorstand
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
Ortsverband Alfter

Sprecher des Vorstands:
Wilhelm Windhuis

Kassierer:
Stefan Möller

Schriftführerin:
Dr. Ursula Lobin

Beisitzer Internetfragen:
Matthias Esken

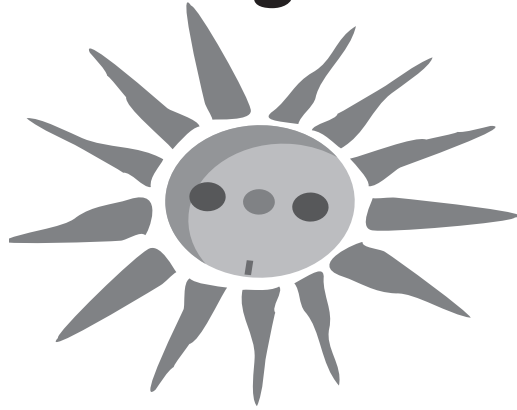
Beisitzerin Pressearbeit:
Christine Annen

E-Mail: vorstand@gruene-alfter.de

Am 26. September
Grün wählen!



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für die Förderung der Photovoltaik in Alfter ein



Bemühungen zur Förderung des Einsatzes regenerativer Energien spielen eine wichtige Rolle im Rahmen der Umweltpolitik. Damit die Gemeinde ihrer Vorbildfunktion auf diesem Gebiet gerecht wird, ist es wünschenswert, gemeindeeigene Gebäude verstärkt mit Anlagen zur Nutzung regenerativer Energien auszustatten. Daher stellte die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen den Antrag, zukünftig verstärkt geeignete Dachflächen und Fassaden gemeindeeigener Gebäude für Solarstromanlagen zu nutzen. Als Pilotprojekt soll das Rathaus mit entsprechender Technik ausgestattet werden. Die Verwaltung sollte beauftragt werden, zu prüfen, auf welche Weise dies geschehen kann. Insbesondere sollten folgende Varianten untersucht werden:

- Dachflächen Privatpersonen zur Verfügung zu stellen, um darauf Photovoltaik-Anlagen (PV-Anlagen) auf eigene Kosten zu erstellen und zu betreiben. Durch Bau und Betrieb der Photovoltaik-Anlagen dürfen der Gemeinde keine Kosten entstehen. Es muss sichergestellt werden, dass der Betreiber für mögliche Schäden an den gemeindeeigenen Gebäuden aufkommt, z.B. durch Abschluss einer entsprechenden Haftpflichtversicherung.

- Die Gründung einer Firma, deren Aufgabe darin besteht, möglichst alle geeigneten gemeindeeigenen Dach- und Fassadenflächen mit Photovoltaik-Anlagen auszustatten. Sie arbeitet ggf. mit auf diesem Gebiet erfahrenen Partnern zusammen.

Zusätzlich sollte die Verwaltung ein Kataster der geeigneten Dachflächen und eine Liste der in den nächsten Jahren zu sanierenden geeigneten Fassaden aufstellen.

Entscheidend für die Entwicklung des Solarstroms in der Bundesrepublik Deutschland ist die seit Jahren auf Bundes- und Landesebene betriebene Förderung der Photovoltaik, die zu einem enormen Wachstum dieser Branche und gerade in Nordrhein-Westfalen zur Schaffung einer Vielzahl neuer Arbeitsplätze geführt hat.

Kern der Förderung von netzgekoppelten PV-Anlagen ist das Solarstrom Vorschaltgesetz zum EEG. Es sieht für Anlagen bis zu einer Leistung bis 30 Kilowatt (kW) ab 1.01.2004 auf Gebäuden oder Lärmschutzwänden eine Vergütung von 57,4 Cent pro Kilowattstunde (kWh) vor. Von 30-100 kW beträgt die Vergütung 54,6 Cent pro Kilowattstunde. Die Vergütung ist degressiv gestaltet und reduziert sich ab dem 1. Januar 2005 jährlich um 5%. Eine 20-jährige Einspeise- und Vergütungsgarantie schafft entsprechende Planungs- und Finanzierungssicherheit.

Nach den Richtlinien zur Förderung von Maßnahmen zur Nutzung erneuerbarer Energien vom 26.11.2003 werden Anlagen ab einer Leistung von 1 kW auf Schulen (bisheriges Programm „Sonne in der Schule“) mit bis zu 3.000 € bezuschusst. Antragsberechtigt sind Schulträger.

Das Förderprogramm „Rationelle Energieverwendung und Nutzung unerschöpflicher Energien“ (REN-Programm) startete am 22.3.2004. Es leistet einen bedeutenden Beitrag zum Klimaschutz im Bau- und Wohnungssektor. Die Fördersumme beträgt 800 € pro kW für PV-Anlagen als Multiplikatoranlagen (auf Schule, Kindergärten, soz. Einrichtungen etc.) bis max. 10 kW. Neben der Breitenförderung bein-

haltet es die Förderbereiche Demonstrationsförderung und technische Entwicklung.

Ziel der Breitenförderung ist es, durch gezielte Projektförderung die Markteinführung energieeffizienter Technologien und die Nutzung regenerativer Energien zu beschleunigen. Das Land Nordrhein-Westfalen fördert u. a. Solarkollektoranlagen, Photovoltaikanlagen, Wasserkraftanlagen, Wohnungslüftungsanlagen mit Wärmerückgewinnung, Biomasse- und Biogasanlagen. Des Weiteren bezuschusst das Land seit 1999 die Passivhausbauweise mit der Landesförderung Passivhäuser NRW sowie Gebäude in Solarsiedlungen.

Für die Finanzierung von Photovoltaikanlagen stehen außerdem Kredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) nach dem CO²-Minerungsprogramm zur Verfügung.

Aussagen über den wirtschaftlichen Betrieb hängen neben Förderungs- und Finanzierungsmöglichkeiten von der Größe der zu errichtenden Anlagen, der Ausrichtung, der Dachform, der Anbindungsmöglichkeiten (Netzeinspeisungspunkt) und der Betriebsform ab.

Eine Photovoltaikanlage produziert in 20 Jahren 16.400 kWh an Strom und vermeidet in der gleichen Zeit 10,6 t CO₂.

Michael Schroelücke

Energiespar-Beratung vor Ort – ein lohnendes Angebot

Die Ölpreisentwicklung der vergangenen Wochen zeigt, wohin die Energiepreise gehen werden: „Die Zeit des billigen Öls ist vorbei“. Auch die Gaspreise werden die Anpassung nach oben mitmachen - zwangsweise, da der Gaspreis an den Ölpreis gekoppelt ist. Wie kann man sich dagegen wehren?

Immer mehr Haus- und Wohnungseigentümer, die bereit sind, für Energieeinsparung und Umweltschutz Geld insbesondere in Wärmedämmung, den Austausch ihrer Heizungsanlage und in Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien (Holzpellets, Solaranlagen etc.) zu investieren, können sich beraten lassen, welche dieser Maßnahmen am sinnvollsten angewendet werden könnten. Die Beratung zur sparsamen und rationellen Energieverwendung in Wohngebäuden („Vor-Ort-Beratung“) ist ein Angebot des Bundesministeriums für Wirtschaft. Gefördert wird dabei eine „ingenieurmäßige“ Vor-Ort-Beratung durch einen hierfür besonders qualifizierten Ingenieur bzw. einer Ingenieurin.

Fördervoraussetzung ist, dass sich die Beratung umfassend auf die oben genannten Bereiche (baulicher Wärmeschutz, Heizanlagen-Technik, Nutzung erneuerbarer Energien) bezieht. Weitere Voraussetzung ist, dass das zu untersuchende Gebäude vor dem 1.1.1989 seine Baugenehmigung erhalten hat. Anspruch auf eine Energiespar-Beratung vor Ort haben grundsätzlich alle Gebäude- und Wohnungseigentümer, sofern sich die Beratung auf das gesamte Gebäude bezieht.

Eine detaillierte und arbeitsaufwändige Beratung durch hochqualifizierte Spezialisten gibt es nicht umsonst. Die Höhe des Zuschusses bemisst sich nach dem „Objekttyp“, der wiederum durch die Anzahl der Wohneinheiten bestimmt wird. Die maximale Höhe des jeweiligen Beratungskosten-Zuschusses sind in nebenstehender Tabelle aufgelistet.

Beratungskosten/Beratungszuschuss		
Anzahl der Wohneinheiten (WE)	max. zuschussfähige Beratungskosten (ohne USt)	Max. Höhe des Beratungskosten-zuschusses
Ein-/Zweifamilienhaus	450 €	300 €
bis 6 WE	600 €	320 €
bis 15 WE	850 €	340 €
bis 30 WE	1.100 €	360 €
bis 60 WE	1.350 €	380 €
bis 120 WE	1.600 €	400 €

Für ein Einfamilienhaus wären dies folgende Kosten:

450 € + 16% MWSt ergibt 522 €, abzüglich 300 €, verbleiben 222 € an Eigenanteil.

Für Eigentümer, die das Maßnahmenpaket 4 des KfW-CO₂-Gebäudesanierungs-Programmes in Anspruch nehmen wollen, gilt die Energiespar - Beratung vor Ort als Nachweis zur Inanspruchnahme dieses Programms.

Für Interessenten, die noch unschlüssig sind und noch nicht so viel Geld für die Vor-Ort-Beratung investieren wollen, gibt es eine Aktion der Architektenkammer NW mit dem Namen „Start - Beratung - Energie“. Wurde Ihr Haus vor 1980 erbaut, bekommen Sie eine staatlich geförderte Energieberatung für eine sogenannte „Start-Beratung Energie“ durch Architekten/-innen und Ingenieure/-innen für 48 Euro (weitere 52 Euro übernimmt das Land NRW). Bis 31.1.2005 werden insgesamt 1000 Beratungen gefördert.

Diese „Start-Beratung“ hat natürlich nicht den Umfang und die Tiefe einer Vor-Ort-Beratung, sie gibt aber bereits Hinweise darauf, wo und wie an einem Gebäude Energie gespart werden kann. Folgende Leistungen umfasst diese Beratung:

- Begehung des Hauses
- Aufnahmen und Einschätzen des Ist-Zustandes
- Individuelle Auskunft über die Auswirkungen der neuen Energie-Einsparverordnung
- Vorschläge für Verbesserungsmaßnahmen
- Einschätzung der zur erwartenden Kostenreduzierung durch die Verbesserungsmaßnahmen
- Beratung über mögliche Förderprogramme zur Kostenreduzierung
- Einen abschließenden Bericht über die Ergebnisse der Start - Beratung - Energie
- Kompetente energetische Beratung durch Architekten/-innen und Ingenieure/-innen.

Nutzen Sie diese Beratung um für Ihr Gebäude eine

- Reduzierung der Energiekosten
- Wertsteigerung der Immobilie
- Verbesserung des Wohnkomforts zu erreichen!

Gerhard Lenz,
Architekt und BAFA- Energieberater,
Am Gärtchen 18, 53347 Alfter,
gerd.lenz@t-online.de

Weitere Informationen unter www.bafa.de

Impressum:

HerausgeberIn:
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
Ortsverband Alfter
Internet: www.gruene-alfter.de

Redaktion: Wilhelm Windhuis,
Christine Annen,
Stefan Möller,
Dr. Ursula Lobin,
Michael Schroelücke

Redaktionsschluss:
9. September 2004

V.i.S.d.P.: Christine Annen,
Ginggasse 19,
53347 Alfter

Satz, Druck: Das Druckhaus
Laurentiusweg 28
53347 Alfter
Tel.: 0 22 22 / 91 14 - 0

Auflage: 10.500 Stück